

TRANSITION UND TRANSFORMATION:

Zum sozio-politischen Wandel in Lateinamerika und Osteuropa
von Nikolaus Werz

Nach 1989 ist die politische Weltkarte in Bewegung geraten. Die schnellen Veränderungen stellen für die in den ehemals sozialistischen Gesellschaften lebenden Menschen und für die Beobachter des Zeitgeschehens eine Herausforderung dar. Zum besseren Verständnis des Wechsels in Osteuropa werden auch Spanien bzw. die süd- und mittelamerikanischen Länder herangezogen. Dort hatte in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine Rückkehr zur Demokratie eingesetzt, auf die Privatisierungsprozesse in der Wirtschaft folgten. Lassen sich Osteuropa und Lateinamerika vergleichen? Wie weit reichen die Umbrüche in den jeweiligen Weltgegenden? Und: Sind übergreifende theoretische Aussagen zum Transformationsprozeß möglich?

Antworten auf solche Fragen fallen den Sozialwissenschaftlern, die sich im Unterschied zu den Historikern keineswegs auf die Vergangenheit beschränken können und wollen, nicht leicht. Denn bei der Analyse politischer Systeme waren sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von dem Gegensatz zwischen liberalen Demokratien und den dirigistischen Gesellschaften des sozialistischen Lagers ausgegangen. Der Antagonismus zwischen dem freien, marktwirtschaftlichen Westen und dem kommunistisch beherrschten Osten erschien so grundsätzlich, daß ein schneller und gleichzeitig friedlicher Wandlungsprozeß als nahezu ausgeschlossen galt. "Der Zusammenbruch des realen Sozialismus", bekennt der Politologe Klaus von Beyme freimütig, "wurde methodisch zu einem 'schwarzen Freitag' der Sozialwissenschaften" (von Beyme 1994: 35). Entgegen ihrem Selbstverständnis von einer praxisnahen Prognose, hätten die Sozialwissenschaften nicht vorhergesagt, sondern nachhergesagt.

Noch ganz unter diesem Eindruck stehend, hat eine Auseinandersetzung mit dem rasanten politischen Wandel begonnen, wobei man die Vorläufer in den südeuropäischen Ländern (Spanien, Portugal und Griechenland) und in Südamerika in den 70er Jahren in vergleichender Perspektive heranzieht. Die Ansätze in diese Richtung werden etwas hochtrabend auch als Transformations- und Systemwechselforschung bezeichnet. Für die an sozialwissenschaftliche Theoriebildung und an politischer Soziologie Interessierten geht es um dreierlei (von Beyme 1994: 39):

- Vergangene (Fehl-) Einschätzungen von der angenommenen Dauer und welthistorischen Bedeutung des Sozialismus bedürfen der Revision.
- Erklärungsansätze für den Systemwechsel müssen gefunden werden.
- Und schließlich rückt der Globus nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers erneut zusammen, d. h. nach dem Ende des antagonistischen Zyklus, der während des Zeitraumes von 1917 und 1989 die Interpretationen prägte, müssen neue Ansätze her, die der veränderten Weltlage Rechnung tragen.

Die Frage, ob wirklich von einer Theorie des Systemwechsels und der Transformation gesprochen werden kann, soll am Schluß des Beitrages nochmals aufgegriffen werden. Um die Hinwendung zur liberalen Demokratie gegen Ende des 20. Jahrhunderts zu erklären, werden vor allem zwei Ansätze herangezogen: Die Analyse verschiedener Demokratisierungswellen in der neueren Geschichte und die Modernisierungstheorien.

Eine Reihe von Sozialwissenschaftlern untersucht in vergleichender Perspektive die unterschiedlichen Schübe von Demokratisierung, die im 20. Jahrhundert stattgefunden haben (Huntington 1991; von Beyme 1994: 11):

1. Eine erste Welle der Demokratisierung setzte nach dem Ersten Weltkrieg ein. Damals war der Regierungswechsel häufig mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur Republik verbunden. In Mittel- und Osteuropa entstanden nach dem Zerfall der multinationalen Großreiche neue Staaten, in denen die demokratischen Verfassungen jedoch nur von kurzer Dauer waren.
2. Der zweite Demokratisierungsschub nach 1945 war deshalb ein erneuter Anlauf, wobei die Besiegten von 1945 - die spätere Bundesrepublik Deutschland, Japan, Italien und Österreich - die Spielregeln der westlichen Demokratie akzeptierten und übernahmen.

3. Die dritte Welle in den 70er Jahren in Südeuropa und Südamerika wurde - außer in Argentinien 1982/83 - nicht von einem verlorenen Krieg ausgelöst, sondern wurzelte in innenpolitischen Ereignissen. Sie fand zunächst - mit der Ausnahme Spaniens - wenig internationale Beachtung.
4. Die vierte und bis in die unmittelbare Gegenwart andauernde Welle findet in den sozialistischen Staaten nach dem Kurswechsel der Blockvromacht Sowjetunion statt. Dabei hat der Verlust des Hegemons Sowjetunion weltweite Auswirkungen, wie die aktuellen Entwicklungen in Kuba und - mit Abstrichen - auch in Nordkorea belegen.

Das Ausgehen von verschiedenen Wellen sagt noch wenig über die Gründe für die Hinwendung zur Demokratie aus. Zur Erklärung wird von einigen Autoren auf die Modernisierungstheorie verwiesen, d. h. in Osteuropa fände zur Zeit eine Art "nachholende Modernisierung oder gar Revolution" statt bzw. eine Rückkehr nach Europa. Solche Konvergenz-Vorstellungen, die von einer strukturellen Angleichung der Gesellschaften ausgehen, stoßen jedoch auf Grenzen, da die Umwälzungen in Osteuropa nicht einfach als Rückkehr zu westlichen Formen der Demokratie und Gewaltenteilung interpretiert werden können, die dort teilweise gar nicht vorhanden waren.

Um die unterschiedlichen Formen des Regime- bzw. Systemwechsels zu analysieren, soll im folgenden kurz die Entwicklung in den südeuropäischen bzw. lateinamerikanischen Ländern seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre und in Osteuropa seit Mitte der 80er Jahre betrachtet werden.

Lateinamerika: Autoritarismus und Demokratie

Nach ihrer frühen Unabhängigkeit Anfang des 19. Jahrhunderts gaben sich die entstehenden Nationalstaaten in Lateinamerika republikanische Verfassungen. Sie orientierten sich an den damals modernsten Vorbildern, d. h. den USA, Frankreich und Großbritannien. Bald zeigte sich die Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit, d.h. die neuen Konstitutionen waren nicht in der Lage, politische Stabilität zu gewährleisten. In den meisten Ländern kam es zu inneren Konflikten, die erst die ab 1870 aufkommenden zentralisierenden Diktaturen beendeten.

Schon im 19. Jahrhundert gab es zwei politische Gruppierungen in Lateinamerika, die sog. Konservativen und Liberalen. Moderne Parteien und Gewerkschaften entstanden jedoch erst im 20. Jahrhundert, und zwar zunächst in Argentinien, Chile und Uruguay. Im Zuge wachsender Urbanisierung und einer sinkenden Analphabetenrate nahm die politische Partizipation seit den 20er Jahren kontinuierlich zu, wodurch die Zahl der gewählten Präsidenten stieg. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg bestanden in vielen Ländern demokratisch gewählte Regierungen. Erst die 60er und 70er Jahre brachten mit dem Aufkommen der "neuen Militärregime", in denen nicht mehr ein einzelner Diktator, sondern eine Junta von Generälen herrschte, eine bis dahin unbekannte Repression in Lateinamerika.

Entgegen einem in Europa vorhandenen Bild betrachten sich die lateinamerikanischen Eliten nicht als Teil der Dritten Welt. Lediglich nach der Kubanischen Revolution von 1959 und im Zuge der damals in vielen lateinamerikanischen Ländern aufkommenden Guerilla erfolgte ein weitgehend rhetorisches Bekenntnis zum Dritte-Weltismus (tercermundismo). Ansonsten verstehen sich die politische Führungsschicht und die meisten Intellektuellen als eine amerikanische Fortsetzung des Westens. So tief ist die Idee der Demokratie verwurzelt, daß in der Vergangenheit weder die Militärdiktaturen noch die Phasen des Populismus es vermochten, den Wunsch nach demokratischer Legitimität in Frage zu stellen. In Lateinamerika handelte es sich, wie in der Endphase der Franco-Diktatur in Spanien, um autoritäre Regime. Sie verzichteten auf eine Mobilisierung der Massen sowie eine ausgearbeitete Ideologie und ließen einen gewissen Pluralismus in der Gesellschaft zu. Die Toleranz beschränkte sich auf Teile der gedruckten Presse, während die elektronischen Massenmedien stärkerer Kontrolle unterlagen. Das perfekteste autoritäre Regime war lange Zeit das nach-revolutionäre Mexiko, unter der Herrschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI). Der Begriff autoritäres Regime sagt noch nichts über das Ausmaß der Unterdrückung aus. Einige dieser Regime setzten in den 70er und 80er Jahren mehr Gewalt ein als die Staatsführungen in den sozialistischen Ländern Osteuropas. Dies galt vor allem für die Militärdiktatur in Argentinien (1976-1983) und - in geringerem Maße - für die in Brasilien und Chile.

Anfang der 80er Jahre mußten die Generäle entgegen ihren Absichtserklärungen den Rückmarsch in die Kasernen antreten. Die Re-Demokratisierung war in den meisten Ländern Ergebnis eines faktier-

ten Überganges, d.h. die Parteien im Untergrund, die katholische Kirche und die Machthaber verhandelten eine Transition (transición) zur Demokratie. Der Übergang verlief fast überall friedlich, zumal die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit außer in Argentinien vertagt wurde. Nur dort stellte die Regierung von Präsident Raúl Alfonsín die Generäle vor ein Gericht. Führende Mitglieder der Militärdiktaturen wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, allerdings Anfang der 90er Jahre freigelassen. Teil der Vergangenheitsbewältigung war die Arbeit der sog. Sabato-Kommission, die die Verbrechen der Streitkräfte dokumentierte. Aufgeschreckt von dem argentinischen Beispiel, stellte General Augusto Pinochet beim Re-Demokratisierungsprozeß im Nachbarland Chile Bedingungen, um eine Verurteilung seiner Waffenbrüder zu verhindern. Er erreichte sein Ziel unter anderem deswegen, weil das unter seiner Herrschaft durchgesetzte wirtschaftsliberale Entwicklungskonzept Chiles wesentlich erfolgreicher war als das in Argentinien.

Ein Charakteristikum autoritärer Regime ist, daß sie eine schnelle Öffnung zur Demokratie zulassen. Erleichtert wurde dies durch die vergleichsweise kurze Dauer der davorliegenden Diktaturen und die Tatsache, daß die Frage der Eigentumsverhältnisse nach den Regierungswechseln keine Kontroversen hervorrief. In Lateinamerika handelt es sich mit der Ausnahme Kubas um kapitalistische Gesellschaften, in denen die Marktwirtschaft allerdings durch einen ausgedehnten staatlichen Sektor sowie informelle Mechanismen partiell außer Kraft gesetzt war. Der Regimewechsel brachte keine Veränderungen in der Besitzverteilung und keinen Elitentausch, abgesehen von den obersten politischen Ämtern.

Osteuropa: Die Folgen totaler Herrschaft

Während in Lateinamerika wirkliche Revolutionen eine Ausnahme darstellen und nur im Falle Mexikos nach 1910 und Kubas (1959) davon gesprochen werden kann, steht die Oktoberrevolution von 1917 in Rußland am Anfang der sozialistischen und kommunistischen Herrschaft in Osteuropa. Der Führungsanspruch einer revolutionären Kaderpartei erstreckte sich nach und nach auf die gesamte Gesellschaft. Systematische Säuberungen, der Aufbau einer Einheitspartei und der Versuch einer Erfassung der Bevölkerung sind Merkmale totalitärer Regime. Mit dem wissenschaftlichen Sozialismus war eine umfassende Ideologie und Heilslehre vorhanden; die angestrebte Diktatur des Proletariats sah die Enteignung privaten Eigentums vor und führte zum Verschwinden von Oligarchie und Bürgertum in Rußland und anderen Ländern. Die Schaffung eines neuen Menschen war das utopische Ziel, de facto kam es zu einer Umerziehung. Für längere Zeitabschnitte läßt sich von totalitärer Herrschaft sprechen, auch wenn in der Endphase der Regime Freiräume, Nischen und Ansätze zu einer zivilen Gesellschaft vorhanden waren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieses System auf alle osteuropäischen Länder ausgedehnt. Auch wenn der totalitäre Zugriff auf die Gesellschaft mit unterschiedlicher Intensität erfolgte, so sind doch bleibende Folgen entstanden. Im Vergleich zu Lateinamerika handelte es sich um kontrollierte soziale Systeme, die keine Gegenkräfte zuließen und den Handlungsspielraum der Menschen reglementierten. Ein weiterer fundamentaler Unterschied zu autoritären Regimen war die massive Mitgliedschaft der Einwohner in Einheitsparteien bzw. kommunistisch geführten Massenorganisationen.

Bis in die 60er Jahre schien so etwas wie ein Systemwettbewerb zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern stattzufinden. Dann begann ein stetiger Niedergang der planwirtschaftlichen Ökonomien, der sich durch die neuen industriellen Anforderungen im Weltmaßstab weiter beschleunigte. Das sozialistische System erwies sich als zu starr, um auf die ökonomischen Schwierigkeiten zu reagieren. Gleichzeitig empfanden die Menschen die vorhandene Gleichheit und die geringen Einkommensunterschiede immer weniger als einen Wert, da sie die eigene Situation mit der der Bewohner in den freien Industrienationen verglichen.

Die 80er Jahre zeigten, daß sich der bestehende Sozialismus nicht reformieren ließ, denn die Modelle eines Marktsozialismus brachten keine Ergebnisse. Gorbatschow hat dies 1992 in einem Interview folgendermaßen erläutert: "Anfang 1988 wurde dann klar, daß die Versuche, die Reformen zu verwirklichen ... an den politischen Strukturen, am Regime selbst scheitern, an den herrschenden Eigentumsbeziehungen. Das war die Grenze, jenseits derer mir klar war, daß wir uns in einer Systemkrise befinden und das System selbst verändern müssen ..." (SZ 10.3.1992: 10). Während Gorbatschow im Ausland starke Zustimmung fand und 1990 den Friedensnobelpreis erhielt, wuchs im eigenen Land die Kritik. Nach fünf Jahren Reformpolitik wurden die nur zugedeckten Probleme der SU offenkundig: Zum einen griffen die Reformen nicht, und die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich, während Gorbatschow, um die angestrebten Ziele zu erreichen, immer mehr Macht in seinen Händen konzentrier-

te, was schließlich seinen Niedergang einleitete. Zum anderen führte der Wegfall zentraler Macht zum Aufleben von Nationalitätenkonflikten und Unabhängigkeitsbestrebungen, wofür Jugoslawien das dramatischste Beispiel ist.

Politische Öffnungen führten schnell zu Ansätzen der Marktwirtschaft, Formen des Freihandels und damit zum Zusammenbruch der sozialistischen Ökonomien. Lediglich in China scheint dies anders zu verlaufen. Von Vorteil für den Übergang erwies sich in Osteuropa allerdings die Tatsache, daß das Militär und ein großer Teil der Ordnungskräfte der politischen Kontrolle unterstanden und kaum Widerstand gegen die Abschaffung des kommunistischen Machtmonopols leisteten.

Als Vorreiter des Wandels für andere osteuropäische Länder wirkte Polen mit der katholischen Arbeiterbewegung der Gewerkschaft Solidarnosc. Dort saßen an einem runden Tisch im Frühjahr 1989 Repräsentanten der kommunistischen Führung und der Opposition zusammen, um über demokratische Freiheiten und einer Einführung der Marktwirtschaft zu beraten. In Ungarn war von einer "stillen Revolution", in der Tschechoslowakei von einer "sanften Revolution" die Rede. Eine blutige Revolution ereignete sich in Rumänien, in Jugoslawien eskalierte die Forderung nach mehr Unabhängigkeit und nach Nationswerdung im Krieg.

Anders als in Lateinamerika handelt es sich also um einen Systemwechsel, auf den niemand vorbereitet war. Blaupausen und Handlungsanleitungen lagen nicht vor. Paradoxerweise gab es zwar eine Fülle von Literatur über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, über den Weg vom real existierenden Sozialismus zu einer freien und marktwirtschaftlichen Gesellschaft hatte bis dato kaum jemand geschrieben.

Die in einzelnen osteuropäischen Ländern vorhandenen oppositionellen Kräfte (Polen, Ungarn, Tschechoslowakei) erhielten entscheidenden Auftrieb durch die Politik der Perestroika von Michail Gorbatschow. Erst der Kurswechsel im Zentrum des Weltkommunismus eröffnete neue Möglichkeiten. Damit trat an die Stelle der Breschnew-Doktrin von einer verminderten Souveränität der sozialistischen Staaten die sog. Sinatra-Doktrin You can do it your own way, wonach die Länder des sozialistischen Lagers ein Recht auf einen eigenen Weg hätten.

Regimewechsel versus Systemwechsel

Die Nachwirkungen von autoritären oder totalitären Regimen sind unterschiedlich. Während viele Lateinamerikaner den politischen Wandel nach kurzzeitiger Begeisterung gelassen zur Kenntnis nahmen, verknüpften sich in Osteuropa mit dem Wechsel große Hoffnungen. Dies gilt auch für die ehemalige DDR, die durch ihren Beitritt zur wohlhabenden Bundesrepublik einen Sonderweg innerhalb der Transformationsprozesse einschlug. Aber selbst dort wurde trotz der Nähe zur marktwirtschaftlichen Bundesrepublik und deren massive Subventionen die Umkämpfung der Lebensumstände teilweise als Schock empfunden. Ein Grund kann darin liegen, daß die Menschen an eine langsame Veränderung und stetige Verbesserung ihrer Verhältnisse dachten, nicht aber an einen doch relativ weitgehenden Wechsel ihrer Lebensumstände.

Als Folge des Systemwechsels werden auch die Errungenschaften des Sozialismus rückgängig gemacht. Die Privatisierung, von deren Notwendigkeit zunächst die meisten überzeugt waren, zeigt nun ein Doppelgesicht: Neben den vergrößerten Konsum- und Reisemöglichkeiten steht die unangenehme Überraschung, daß einige ihren, wenn auch kleinen, Besitz möglicherweise an die ursprünglichen Eigentümer zurückgeben müssen. Diejenigen, die von der Umverteilung im Sozialismus profitiert hatten, sehen die Restitution als Restauration vorheriger Verhältnisse.

Hinzu kommt ein weiteres: Viele Menschen empfinden die Transformation zur Marktwirtschaft zunehmend als Chaos. Dies gilt besonders in Rußland, wo sich in Ermangelung eines Ordnungersatzes Mafia-ähnliche Strukturen ergeben haben. Eine langsame und geplante Einführung der Marktwirtschaft ist schwer - am besten ist sie trotz gegenteiliger Befindlichkeiten bei Teilen der ostdeutschen Bevölkerung in der ehemaligen DDR gelungen.

Hier liegt ein weiterer Unterschied zu Lateinamerika, denn als dort nach der Re-Demokratisierung in verschiedenen Ländern die Privatisierung des staatlichen Sektors weitergeführt wurde, kamen die Menschen aufgrund langjähriger schmerzhafter Erfahrungen mit Inflation, Rechtsunsicherheit, sozialer Ungleichheit und politischen Wechselfällen relativ gut damit zurecht. Auch geht der Rückzug des Staates aus einigen Bereichen der Wirtschaft nicht direkt mit dem Zerfall der traditionellen Staatlich-

keit einher. In Lateinamerika kam es nicht zu nationalistischen Aufwallungen, und das anlässlich des 500. Jahrestages der Entdeckung/Eroberung Amerikas im Jahre 1992 einsetzende Erwachen indigener Gruppen führte nicht zu ethnischen Konflikten von dem Ausmaß, wie sie in anderen Weltregionen auftreten.

Regionale Unterschiede

Bei näherer Betrachtung erweisen sich die Differenzen zwischen Lateinamerika und Osteuropa als erheblich. Der wichtigste Unterschied liegt darin, daß in Osteuropa die politische Demokratisierung und der wirtschaftliche Umbruch gleichzeitig erfolgen. Es geht nicht nur um einen Regierungswechsel und eine außenpolitische Re-Definition, sondern um eine Neubestimmung des einzelnen in der Gesellschaft. Zwar stellen die marktwirtschaftlichen Öffnungsprozesse auch in Lateinamerika in gewisser Hinsicht einen Bruch mit der populistisch-etatistischen Tradition dar, insgesamt handelt es sich jedoch um eine Anpassung an die Situation der Weltwirtschaft und nicht um einen Systemwechsel, der dem Individuum eine hohe Umstellungsleistung abverlangt.

Der Re-Demokratisierungsprozeß ist in Lateinamerika das Ergebnis unterschiedlicher Phasen gewesen. Auf die Liberalisierung der autoritären Regime in den 70er folgte eine Demokratisierung in den 80er Jahren und dann - in verschiedenen Ländern - eine Konsolidierung der Demokratie. Gewisse Rückschläge gab es in Peru, wo Präsident Fujimori vorübergehend zu autoritären Regierungsmaßnahmen griff, und in Venezuela, wo 1993 nach zwei gescheiterten Putschversuchen und massiven Korruptionsvorwürfen ein Politiker mit einem populistischen Wahlprogramm zum Präsidenten gewählt wurde. Zwar ist auch in Lateinamerika Politikverdrossenheit vorhanden, sie ist jedoch nicht neu und schließt gleichzeitig eine gewachsene Sensibilität für politische Angelegenheiten nicht aus. Sowohl in Brasilien als auch in Venezuela mußten in den vergangenen Jahren amtierende Präsidenten wegen Verstrickung in Korruptionsfälle vorzeitig zurücktreten. Die lang andauernden Diktaturen brachten in Süd- und Mittelamerika eine De-Politisierung, diese hat jedoch auch positive Seiten, da die intellektuelle sich von den radikalen Positionen der Vergangenheit verabschiedeten und die Presse kritisch über Verfehlungen der politischen Klasse berichtet. Notgedrungen haben die Lateinamerikaner in der Vergangenheit eine ausgeprägte Konfliktkultur entwickelt.

In Südeuropa und Lateinamerika konnte an frühere Parteiensysteme und Institutionen angeknüpft werden; Kenntnisse von und Erfahrungen mit dem Justizsystem, den Vor- und Nachteilen der Marktwirtschaft und moderner Bankorganisation waren vorhanden. Solche Traditionen sind in den osteuropäischen Ländern rar. Von Vorteil erweist sich indessen, daß diese Länder in Europa liegen, was den Druck für die Schaffung demokratischer Institutionen vergrößern dürfte, da die EU ein Interesse an stabilen Demokratien und Volkswirtschaften in ihrer Nachbarschaft haben muß.

Zwischen Osteuropa und Lateinamerika bestehen jedoch auch Gemeinsamkeiten. Beide Regionen weisen Merkmale eines armen Kapitalismus auf: Die staatliche Organisation ist ineffizient, die Verwaltung aufgebläht, monopolistische Unternehmen dominieren, die sozialen Einrichtungen sind unzureichend, Parteien und gesellschaftliche Vereinigungen sind schwach. Dadurch bleiben die Regierungen anfällig für die Einflußnahme großer Firmen, populistischer Bewegungen und das mögliche Eingreifen des Militärs bzw. das Agieren bewaffneter Gruppen.

Trotz des Unwohlseins eines Teils der Bevölkerung in den postsozialistischen Ländern und den Wahlergebnissen für die Nach-Folge-Organisationen der Kommunistischen Parteien überwiegen beim Blick auf die Entwicklungen seit 1989 die positiven Aspekte. Der Systemwechsel in Osteuropa ist günstig verlaufen, vor allem im Vergleich mit denen von 1918 und 1945. Dies lag u. a. daran, daß der Systemwandel den gesamten östlichen Block umfaßte, der Regierungswechsel, außer in Rumänien, unblutig ausfiel und der Westen sich kooperativ und wenig triumphalistisch zeigte (von Beyme 1994: 355).

Für Zeithistoriker, Sozialwissenschaftler und Pädagogen bringen die rasanten Veränderungen neue Betätigungsfelder. Bei der Erklärung des Endes der Nachkriegsepoche in Europa und des Systemwechsels bedürfen noch viele Punkte der Analyse: Neben der Auseinandersetzung mit dem vorangegangenen Regime ist dies die Untersuchung der Art und Weise des Übergangs. Einzugehen wäre hier auf die "Helden des Rückzugs" (Enzensberger), wie Adolfo Suárez in Spanien, der aus der Franco-Diktatur kam, sich dann aber Verdienste bei der Konsolidierung der Demokratie erwarb. Auch in verschiedenen osteuropäischen Ländern traten solche Spezialisten für die Demontage des alten Systems auf. Weitere Fragen sind die nach dem Grad des Auswechsels der alten Führungsschichten

und Machteliten, der Institutionenbildung, der Schaffung von Ordnung aus dem Chaos, der Wechselwirkung von Politik und Marktwirtschaft, dem Entstehen einer neuen politischen Kultur und der Entwicklung der Parteien. Interessant wird auch sein, ob es sich bei dem Nationalismus in Osteuropa um ein Durchgangsstadium handelt, d. h. eine Begleiterscheinung auf dem Weg in die Moderne oder um eine dauerhafte Angelegenheit.

Eine Theorie der Transformation mit universeller Gültigkeit ist nicht möglich. Auch in Osteuropa zeichnen sich Sonderwege und unterschiedliche Entwicklungstempi beim Übergang zur Marktwirtschaft ab. Vielerorts wird der angestrebte Modernisierungsprozeß durch historische Belastungen eingeholt werden. So scheint derweil nur das Ziel der Transformation klar zu sein, nämlich eine wohlhabende Gesellschaft mit individueller Freizügigkeit zu erreichen. Ein weltweiter Trend hin zur liberalen Demokratie ist unverkennbar. Über mögliche Rückschläge und Fehlentwicklungen können uns die Ansätze zu einer Theorie der Transformation indessen wenig sagen.

Literatur

Ash, Timothy Garton (1992): Ein Jahrhundert wird abgewählt, München

von Beyme, Klaus (1994): Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt

von Beyme, Klaus und Dieter Nohlen (1991): Systemwechsel, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn, 690-700

Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman und London

Karl, Terry Lynn / Phillip C. Schmitter (1991): Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, in: International Social Science Journal, 9, 269-284

Messner, Dirk / Jörg Meyer-Stamer (1992): Lateinamerikanische Schwellenländer: Vorbild für Osteuropa?, in: Vierteljahresberichte, 129, 219-233

Przeworski, Adam (1990): Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo, in: Transit: Europäische Revue, 1, 190-209

Werz, Nikolaus (21992): Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika, Freiburg

Westen, Klaus (1994): Zauberformel Privatisierung, in: Osteuropa, Nr. 1, 3-24

Der Autor

Nikolaus Werz ist Professor am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock. Er hat den Lehrstuhl für vergleichende Regierungstheorie inne.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 21/22 1995, herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen*

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>